

22. April 1963

# TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XVIII/76

Bonn, den 22. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Nicht dramatisieren!</u> Der deutsch-französische Sondervertrag	68
2	<u>Verschiebung</u> Zum sozialen Klima in der Bundesrepublik	48
3 - 4	<u>Koexistenz als Test</u> Zu einem neuen Buch von Willy Brandt Von Hermann Bortfeldt	90
5 - 6	<u>Thorez zwischen Chruschtschow und Mao</u> Die Kommunistische Partei Frankreichs am Scheideweg Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	93

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG: \*\*\*\*\*

In seiner Ausgabe am Dienstag, dem 23. April 1963  
veröffentlicht der SPD-Pressediens ein Artikel

BERLIN ALS KONGRESSSTADT

Von Otto Bach  
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markscheffel

22. April 1963

Nicht dramatisieren!

### Der deutsch-französische Sondervertrag

G.M. - Wenn - was zur Stunde noch nicht sicher ist - diese Woche im Bundestag der deutsch-französische Sondervertrag in erster Lesung behandelt wird, stehen wir vor folgender, etwas eigenartiger Situation: Die CDU/CSU und die FDP wollen mit Hilfe einer Präambel deutlich machen, daß der von Adenauer und de Gaulle gewünschte Sondervertrag zwischen Bonn und Paris die anderen internationalen Verträge der Bundesrepublik weder neutralisiert, noch blockiert. Zu diesen Verträgen gehören die Verpflichtungen der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sowie der NATO-Vertrag. In beiden Fällen hat sich die Bundesregierung verpflichtet, alle im Rahmen dieser Verträge notwendig erscheinenden Schritte mit sämtlichen Vertragspartnern - und nicht nur mit einem oder einigen von ihnen - **g e m e i n s a m** zu tun. Die von der CDU/CSU und FDP angekündigte Präambel soll diesen Grundsatz bestätigen und bekräftigen.

Von offizieller französischer Seite wird erklärt, daß man gegen eine solche Präambel nichts einzuwenden habe, da sie nicht rechtsverbindlich sei und am eigentlichen Vertragstext nichts ändere. Wenn man in Bonn eine solche Präambel brauche, so solle man sie ruhig annehmen, könne aber nicht erwarten, daß die französische Regierung oder die Nationalversammlung ihr mehr Bedeutung zumißt, als sie völkerrechtlich hat; nämlich nur die Bedeutung einer Willenskundgebung des **d e u t - s c h e n** Vertragspartners.

In Paris ist man unter Umständen bereit, gewissen Bedenken gegen das Vertragswerk mit einer "Déclaration de motif" entgegenzukommen. Das wäre eine Erklärung, die vom Präsidenten des Parlaments vor der Abstimmung über den Vertrag abgegeben wird und in der die Gründe aufgeführt werden, die zum Vertrag geführt haben. Aber, so wird hier ebenfalls erklärt, diese "Déclaration de motif" habe keinerlei rechtliche Bedeutung; sie sei lediglich ein Akt der internationalen Höflichkeit, mit dessen Hilfe man sich selbst, dem Vertragspartner und der internationalen Öffentlichkeit klar machen könne, was man mit dem Vertrag wolle.

Der Bundestag wird also bei der parlamentarischen Erörterung des gesamten Komplexes zunächst einmal klären müssen, inwieweit die von

Bonn und Paris sicher gleichermaßen gut gemeinten Absichten bei Abschluß des Vertrages gegenseitig rechtlich verbindlich gemacht und in den Rahmen der übrigen internationalen Vertragsverpflichtungen gestellt werden können. Wenn, wie von Regierungsseite in Bonn erklärt wurde, der deutsch-französische Sondervertrag nichts und niemanden störe, und wenn er nur die sichtbare Krönung der seit dem zweiten Weltkrieg vollzogenen Annäherung und Aussöhnung des französischen mit dem deutschen Volke sein soll, dann könnte sich im Verlauf der Diskussionen die Frage ergeben, warum denn - eigens zu diesem Zweck - überhaupt noch ein Sondervertrag notwendig sei.

Es gibt unseres Wissens in Deutschland niemanden, der die deutsch-französische Versöhnung nicht begrüßt. Diese Versöhnung hat schon in der Vergangenheit ihren Ausdruck darin gefunden, daß Frankreich und die Bundesrepublik gemeinsam mit g l e i c h e n Rechten und g l e i c h e n Pflichten an zahlreichen europäischen und internationalen Vertragswerken beteiligt sind. Logisch wäre es also, wenn man einen Sondervertrag zwischen Bonn und Paris lediglich deswegen abschliesse, um die beiden Staaten speziell berührenden Fragen zu regeln, nicht aber, um mit Hilfe von Konsultationen - wie sie im Vertrag vorgesehen sind - möglicherweise in andere Verträge hineinzugreifen.

Das wird alles zur Debatte stehen müssen, wenn Bundestag und Bundestagsausschüsse in nächster Zeit zu einer das deutsch-französische Verhältnis, aber auch das die gesamte westliche Politik f ü r ä e r n d e Ergebnis gelangen wollen. Man braucht hierbei nichts zu dramatisieren und sollte vor allem nicht in den Fehler verfallen, aus dem ganzen Vorgang eine Prestigefrage zu machen oder gar einen Prüfstein für das deutsch-französische Verhältnis. Darum geht es überhaupt nicht!

Das deutsch-französische Verhältnis ist gut. B e i d e Völker haben in ihrer jüngsten Geschichte viel gelernt und konnten sich einander manches geben. Gerade deswegen wäre es gut, wenn der deutsch-französische Sondervertrag so gewissenhaft geprüft wird, daß er nicht die Vertrauensbasis schmälert, auf der sowohl die Europäische Gemeinschaft wie auch die Atlantische Partnerschaft mühsam aufgebaut wurde.

### Verschärfung

sp - Die Bereitschaft der Metallarbeiter in Baden-Württemberg zum Streik liegt vor; 87 Prozent der Abstimmungsberechtigten haben sich, sollten die Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, dafür entschieden. Auch in Nordrhein-Westfalen scheint sich eine ähnliche spannungsgeladene Situation zu entwickeln. Steht die Bundesrepublik vor dem größten Streik in ihrer Geschichte? Die Arbeitgeber beantworten die Streikbereitschaft mit Aussperrungsdrohungen. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen, noch ist die Maschinerie der Vermittlung nicht angelaufen, noch bestehen, wenn auch dünne Fäden zwischen beiden Seiten.

Den Metallern geht es darum, auf dem Wege über die Erhöhung von Löhnen und Gehältern ihren vollen wirtschaftlichen Anteil an einer immer noch im Wachstum befindlichen Wirtschaft zu sichern. Ist dies ein unbilliges Verlangen? Von der sich zuspitzenden Verschärfung im sozialen Klima ist die Bundesregierung nicht frei von Schuld zu sprechen. Sie ließ eine einseitige, das Gerechtigkeitsempfinden herausfordernde Vermögensbildung zu und ihre Steuerpolitik trägt alle Merkmale der Begünstigung von Rentenvermögen und Einkommen.

Vor einem Jahr hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seiner Denkschrift "Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung" auf diese tiefe Gefühle in unserer Sozialstruktur hingewiesen. Die Verfasser dieser Denkschrift liessen sich von einem hohen, von christlichen Ethos getragenen Verantwortungsgefühl leiten, sie scheuten keine Tabus, deckten offensichtliche Schwächen auf. Eine Gesellschaft, die es nicht versteht, dem Bürger das Gefühl einer höchstmöglichen sozialen Gerechtigkeit zu geben, ruhe auf unsicherer Grundlage, sie beschwöre die Feinde der Freiheit von innen und von aussen herauf. In einem Kommentar zur Denkschrift heisst es, daß jedem Christen die Verpflichtung zur Nächstenliebe auferlegt sei, die das Eintreten für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Ordnung einschliesst. Das gelte besonders in einer Zeit, in der den wirtschaftlich Schwachen nur noch durch gesellschaftliche Massnahmen, aber nicht mehr durch die Hilfsbereitschaft einzelner geholfen werden könne.

Die Denkschrift erschien vor einer Jahr, sie hat die öffentliche Diskussion befruchtet, sie wirkte wie ein in stille Wasser geworfener Stein, der Wellen schlug. Nur die Bundesregierung vernahm sie nicht. Zwar fehlte es nicht an Erklärungen über die Wünschbarkeit einer weitgestreuten Eigentums- und Vermögensbildung, doch die Versuche dazu waren so kümmerlich, daß sie nicht ins Gewicht fallen. Gewiß gibt es kein absolut sicheres Rezept dafür, noch fehlen sichere Wegweiser für diesen Gang in soziales Neuland, aber all das ist keine Entschuldigung dafür, in ausgefahrenen Gleisen zu beharren und unbequamen Fragen auszuweichen.

Hier ließ die Regierung kühnen Schwung und wegweisende Initiativen gemissens. Sie förderte durch ihre Tatlosigkeit auf dem Gebiet einer von sozialer Verantwortung getragenen Gesellschafts- und Vermögensbildungspolitik die Verschärfung des sozialen Klimas geradezu heraus. Selbst als sie es versuchte, besass sie nicht die Kraft, es zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund spielt sich das sich verschärfende Ringen der Sozialpartner ab und jedermann tut gut daran, ihm nicht zu übersehen.

## Koexistenz als Test

Zu einem neuen Buch von Willy Brandt

Von Hermann Bortfeldt

"In Berlin kann man die Teilung der Welt fotografieren. Hier kann man ablesen, wer zur Koexistenz bereit und fähig ist."

Wie macht man Politik? Über der Ebene täglicher politischer Auseinandersetzungen liegt diejenige, in der die langfristigen politischen Ziele abgesteckt werden. Die Alltagspolitik, in der das Schlagwort gängige - und unumgängliche - Münze ist, reduziert sich auf Verhandeln und Verwalten. Ihre Richtschnur aber empfängt sie aus jenem oberen Bereich, in dem die Begriffe definiert werden, sozusagen der Prägestalt politischer Münzen. Der Politiker, der Richtungen anzugeben hat, ist denn auch meist politischer Schriftsteller gewesen.

So ein Schlagwort wie das von der Koexistenz kann nützen oder schaden. Es kann als Farnkappe für Weiteroberungspläne dienen. Es kann genau so gut der Abwehr solcher Pläne nützen, wenn ihm ein klarer Sinn gegeben wird. Koexistenz ist zunächst ganz allgemein ein fundamentales Gesetz für mannigfaltige Bereiche menschlichen Lebens und bedeutet "ein gewaltloses Zusammenleben von Menschen, Gruppen, Völkern mit verschiedenen Überzeugungen und Gewohnheiten". Politische Koexistenz ist demzufolge mehr als ein blosses- oder gar feindliches - Nebeneinander, sondern ein Miteinander. So steckt Willy Brandt in seinem neuesten Buch den weiteren Sinn des Begriffes ab, der für uns auch sein ursprünglicher Sinn ist. Im heutigen Begriffsspektrum jedoch bricht sich dieser Sinn durch die sowjetische Konzeption der Koexistenz. Diese "ist für uns nicht annehmbar - weder als Ganzes noch in Teilen", sagt Willy Brandt und fügt hinzu: "Dieses Nein genügt nicht. Abwehr allein bringt uns nicht voran."

Willy Brandt filtert den allgemeinen Koexistenzbegriff abermals und zwar durch die Spannung, die heute unsere Welt zu zerreißen droht. "Gleichzeitig leben wir unter der Drohung der technischen Möglichkeiten einer totalen Selbstvernichtung der Menschheit. Damit wird die Frage der Koexistenz zur Frage der Existenz ... Wahre Koexistenz ist heute die einzige Alternative zum Atomkrieg und damit zum Selbstmord der Menschheit."

Von hier aus ist es Willy Brandt dann möglich, den Koexistenzbegriff im engeren Sinne zu beschreiben und zu sagen, wie er in der politischen Auseinandersetzung heute gehandhabt werden muß. "Im Tagesgeschehen bedeutet Koexistenz auch für uns einen Zustand des Zusammenlebens ohne den Lärm der Waffen." Erläuternd fügt Willy Brandt hinzu: "Über den Tag hinaus gesehen ist Koexistenz für uns die Chance, die Bedrohung durch kommunistische Gewalt zu überwinden".

Die Zukunft ist ungewiß und die Koexistenz bleibt ein Wagnis. "Wahre Koexistenz ist ein langfristiger Test unserer geistigen, politischen, ökonomischen und auch moralischen Lebenskraft. Diese Aufgabe, wahre Koexistenz zu verwirklichen, stellt die westliche Demokratie auf eine Probe, die größte Probe, die sie in der Geschichte bisher zu bestehen hatte." - Hierbei ist zu beachten, daß Willy Brandt die geistigen Kräfte an die erste Stelle setzt. Auf die damit verbundene moralische Seite kommt es ihm ebenso an. Er schöpft aus eigenem Erleben: "Meine eigenen

unvergesslichen Erfahrungen aus dem norwegischen und aus dem Berliner Widerstand haben mir gezeigt, was moralische Stärke als Kraftquelle politischen Handelns bedeutet." Deshalb betont der Verfasser: "Auf unserer Seite sind nicht nur die technischen Hilfsmittel. Wir haben auch die innere Standhaftigkeit, die moralische Kraft, uns in diesem Wettstreit zu behaupten. Unsere Stärke ist die Vielfalt der Quellen, aus denen wir diese Kraft schöpfen."

Mit dieser Vielfalt unserer Ideen und Überzeugungen ("die Voraussetzung unseres Fortschritts!") haben wir eine viel bessere Ausgangsbasis als der Kommunismus, dessen "geschlossener Einheit" verführerischer wirken könnte, der aber längst "zu eng und unfähig geworden ist, neue Ideen hervorzubringen". Willy Brandts Begriffsbestimmungen bleiben nicht abstrakt, sondern münden in Anleitungen zum Handeln: "Die elementaren sozialen und technologischen Transformationen unserer Zeit müssen im Interesse der Sache der Freiheit gelenkt werden. Das erfordert ein hohes Maß an planvoller Verwendung ökonomischer und finanzieller Mittel. Das macht Selbstbeschränkungen und kollektive internationale Interventionen auf manchen Gebieten unerlässlich." - Dabei ist sich der Verfasser klar darüber, daß es keine Gruppe und keine Nation leicht finden wird, den Preis für Überleben und Fortschritt zu bezahlen. "Jede Gruppe und jede Nation ist geneigt, ihre Privilegien und vermeintlichen Souveränitäten uneingeschränkt zu verteidigen. Alle werden versuchen, so billig als möglich davonzukommen. Das ist natürlich, doch wir werden alle für die gemeinsame Sache Opfer bringen müssen."

Diese Durchleuchtung der gegenwärtigen weltpolitischen Situation, die Willy Brandt in seinem Buch

"Koexistenz - Zwang zum Wegnis",  
Politische Bücherei der  
Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart.

vornimmt, geht auf Vorträge zurück, die Willy Brandt vor einigen Monaten als Gastdozent an der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten hielt. Ist der erste Teil des Werkes grundsätzlicher Natur, so gewirnt der zweite Teil ("Eine westliche Antwort"), der sich mit der europäischen Einigung befaßt, jetzt besondere Aktualität. Der dritte Teil ("Koexistenz in und mit Deutschland") befaßt sich systematisch mit der deutschen Frage.

Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem die sozialdemokratische Partei auf eine hundertjährige Geschichte zurückblickt - während der sie auch die politische Literatur mit bedeutendem Nutzen bereichert hat. Das Buch zeigt, daß diese Partei nicht nur praktisch-gestaltend, sondern auch schöpferisch-denkend auf der Höhe der Zeit steht, was allerdings mit ihrer Grundüberzeugung zusammenhängt, die Willy Brandt folgendermaßen formuliert:

"Ich glaube, daß die Idee der Freiheit unzerstörbar ist. Ich glaube an ihre unbesiegbare Kraft. Aber ich glaube auch, daß wir aufgerufen sind, in dem revolutionären Prozeß unserer Zeit nach neuen Formen, neuen Institutionen und Bindungen zu suchen, Freiheit und Demokratie lebendig zu erhalten."

## Thorez zwischen Chruschtschow und Mao

Die Kommunistische Partei Frankreichs am Scheideweg  
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Überraschenderweise wächst die Fraktionsarbeit Mao Tsetungs in den Reihen der KP Frankreichs. Es mehrern sich die Blätter, Flugschriften und Broschüren chinesischer Tendenz, die in den kommunistischen Reihen Frankreichs in Umlauf sind. Die Agenten Mao Tsetungs arbeiten unermüdlich an der Aufstellung eines eigenen oppositionellen Apparates, dem diesmal mehr Erfolg beschieden zu sein scheint, als seinerzeit dem Trotzkiismus.

### Von Trotzki zu Mao Tsetung

Der relative Erfolg der Leute Moas, im Vergleich zur früheren Fraktionsarbeit der Trotzkiisten läßt sich leicht erklären. In beiden Fällen handelt es sich um "Linksabweichungen" von der Moskauer "Generallinie". Trotzki verfügte, als er seinen Fraktionskampf gegen Stalin begann, über keinen Staatsapparat mehr. Die Tendenz Mao Tsetungs hingegen regiert das Weltreich China mit unermesslichen materiellen Quellen und Schätzen.

Dazu kommt, daß Trotzki bis zu einem Lebensende das russische Sowjetssystem grundsätzlich bejakte und nur die stalinistische "Entartung" bekämpfte. An diesem Widerspruch scheiterte die 4. Internationale. Mao Tsetungs Opposition hingegen beruft sich auf die besondere Erfahrung nicht nur Chinas, sondern eines großen Teils Asiens, Afrikas, Südamerikas und Mittelamerikas (Kuba). Interessanterweise veröffentlichte auch die algerische Wochenzeitung "Révolution Africaine" vor kurzem in grosser Aufmachung ein Interview mit Mao Tsetung!

In Frankreich äußert sich die neue kommunistische "Linksopposition" jedenfalls nicht in hektographierten Bulletins, wie seinerzeit die Abklager der russischen Opposition, sondern in zahlreichen und kostspieligen Publikationen.

### Von Stalin zu Chruschtschow

Das Politbüro der KPF, das heute noch ebenso wie zu Stalins Zeiten unter der Führung von Maurice Thorez steht, zögerte lange, sich dem neuen Kurs Chruschtschows anzuschließen. Der Nachfolger Stalins im Krenel wurde von den Pariser Stalinisten mehrmals kritisiert, insbesondere nach der Veröffentlichung des berühmten Chruschtschow-Berichtes über die Verbrechen des verstorbenen Diktators. Die von der KPF geübte Kritik unterschied sich in ihrer Form von den politischen Ausfällen der albanischen Stalinisten - die seit den Jahren ihrer Emigration, im spanischen Bürgerkrieg und im 2. Weltkrieg mit der KPF eng verbunden waren - rückerte sich über zuweilen doch recht bedenklich chinesischen Thesen.

Erst als Chruschtschows Macht in Moskau gefestigt war und der Sinn des Gegensatzes zwischen Moskau und Peking offensichtlich wurde, schwenkte auch das französische Politbüro auf die Moskauer Linie um. Erfolgreich wurde diese Stellungnahme durch die relativ gemäßigte Haltung Moskaus im Vergleich zu den Thesen Pekings. Chruschtschows Theorie von der Vermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges und von der Möglichkeit einer friedlichen Verwirklichung kommunistischer Ziele, fand in der KPF günstigen Niederschlag

Eine "reformistische" Wendung hatte die KPF eigentlich schon 1936 vollzogen, als sie unter Führung des sozialistischen Ministerpräsidenten Blum, in die damalige Volksfront eintrat, der auch die bürgerlichen Radikalen unter Daladier angehörten. Im 2. Weltkrieg und unmittelbar nachher verstärkte sie den patriotischen Kurs durch aktive Beteiligung an den französischen Regierungen unter dem Vorsitz von General de Gaulle.

Diese Zeit des "Burgfriedens" nahm mit Ausbruch des Kalten Krieges ein Ende. Die KPF wurde, eigentlich gegen ihren Willen, infolge internationaler Verschiebungen und infolge der Außenpolitik Stalins, wieder in die Opposition gedrängt.

#### Die KPF "toleriert" de Gaulle

Nun scheint auch diese Periode zu Ende zu gehen. Schon mit dem Untergang der 4. Republik begann die Wende. Auf Moskaus Weisung tolerierte die KPF de Gaulles Rückkehr zur Macht. Ein Konflikt brach darüber in der französischen Kommunistenführung aus. Es gab eine Fraktion, die sich den Weisungen Moskaus nicht fügen und aktiven Widerstand gegen den Gaullismus leisten wollte. Diese Richtung war sowohl "linkeoppositionell" als auch "nationalkommunistisch". Moskau setzte schließlich einen "toleranten" Kurs gegenüber de Gaulle durch, in der Hoffnung, daß der neue französische Staatspräsident den Atlantikpakt lockern und eine Annäherung an Moskau vollziehen würde. Diese Hoffnungen sind, wie die Erfahrung der letzten Jahre beweist, nicht unbegründet.

#### In Zeichen der Enzyklika

Mit der amerikanisch-russischen Verständigung, der Schaffung einer direkten Verbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus, der Fühlungnahme zwischen Sowjetregierung und dem Vatikan und der letzten Enzyklika von Papst Johannes XXIII. wird auch für die kommunistische Weltbewegung ein neues Blatt aufgeschlagen. Chruschtschows Regierung nähert sich noch mehr dem Westen und entfernt sich von den Thesen Peking. Die Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen Parteien verschärfen sich, die Spannung innerhalb der KPF steigt.

Die kommunistischen Parteien Polens und Italiens - also in zwei ausgesprochen katholischen Ländern - stehen in der ersten Reihe des "liberalen" Flügels in der Moskauer Internationale. Versuchsballons in westlicher Richtung sind ihre Spezialität. Dies entspricht wahrscheinlich keinem vorgefaßten Plan, sondern den besonderen Bedingungen in diesen Ländern, der unvermeidlichen und ständigen Auseinandersetzung kommunistischer Massenparteien - in Polen an der Macht, in Italien in der Opposition - mit der öffentlichen katholischen Meinung.

#### Wende auch in der KPF

Die KP Frankreichs bleibt von dieser Entwicklung nicht unberührt. Es ist heute nicht mehr möglich, die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking und die Debatten in den Parteien Togliattis und Gomelkas totzuschweigen. Die Rebellion des Bundes der kommunistischen Studenten Frankreichs gegen das Politbüro legt davon Zeugnis ab. Mit den alten stalinistischen Methoden der Verleumdung und Drohung versuchte die Parteiführung, diese Opposition zu ersticken; die Diskussion ist aber doch freier, als in früheren Zeiten.

Die Annäherungsversuche Moskaus erfolgen heute an ein Westeuropa, in dem morgen die Labourparty und die Sozialdemokratie regieren werden. Dem muß man nicht nur in Washington Rechnung tragen, sondern auch in Moskau und Paris. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So versucht auch die KPF, sich aus ihrer stalinistischen Erstarrung zu lösen und der neuen Zeit anzupassen. Die Frage ist nur, ob Thorez und sein engerer Kreis zu dieser großen Wendung noch imstande sind.